

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 153 bis 164:

~~Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.~~

Unsere Sicherheitspolitik folgt dem Grundsatz konsequenter Rechtsstaatlichkeit. Wir denken sie im Kontext von Menschen-, Grund- und Bürger*innenrechten. Grundrechtsrelevante Eingriffe in die Rechte Einzelner setzen für uns deshalb eine gesetzliche Grundlage und einen Anlass voraus und unterliegen der parlamentarischen Kontrolle. Unser Maßstab ist dabei Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Damit die Polizei an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgen und Rechtsstaat und Demokratie vertreten kann, stehen wir für das Konzept einer bürger*innennahen, kommunikativen, motivierten und personell sowie materiell gut ausgestatteten Polizeiarbeit, die sich zu reflektieren weiß. Die bestehenden kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet.

Begründung

Das Wesen eines Schlüsselprojektes war zuvor nicht erkennbar, vielmehr handelte es sich um die Zusammenfassung vorhergehender Textpassagen, was der Idee eines SP nicht gerecht wird. Mit der Neuformulierung wurde der Versuch unternommen, die Forderungen zuzuspitzen (Was wollen wir?) und im Sinne einer grundsätzlicheren Positionierung mit konkreten Beispielen (Was bekommt man, wenn man Grün wählt) umzugestalten.